

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

Keine Einschränkung der Demokratie durch TTIP hinnehmen (III)

1. Der Landtag stellt fest:

Mit der, im Freihandelsabkommen TTIP geplanten, Etablierung einer regulatorischen Kooperation besteht die Gefahr, dass tief in staatliche Souveränität und demokratische Rechte eingegriffen wird. Dies betrifft die Europäische Union ebenso wie ihre Mitgliedstaaten und in Deutschland auch die Rechte der Bundesländer.

Die Verlagerung wesentlicher Fragen der Gestaltung unseres Gemeinwesens in intergouvernementale Beratungsgremien, wie den - in den TTIP-Verhandlungen vorgesehenen - „Regulierungsrat“ stellt Fortschritte bei der Demokratisierung der EU, das Demokratieprinzip (Art. 20 II GG) sowie das Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 III EUV) in Frage.

2. Der Landtag möge beschließen:

1. Eine Einschränkung demokratischer Rechte und der Rechte der Parlamente in den Bundesländern sind nicht hinnehmbar.
2. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, dies in allen Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung deutlich zum Ausdruck zu bringen.
3. Der Landtag Brandenburg fordert die Vertreter des Landes Brandenburg im europäischen „Ausschuss der Regionen“ auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern, dies gegenüber den Organen der Europäischen Union und insbesondere der Europäischen Kommission gegenüber zum Ausdruck zu bringen.
4. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, dem Freihandelsabkommen TTIP im Bundesrat nicht zuzustimmen, sollte dies eine Verlagerung demokratischer Rechte auf nicht demokratisch legitimierte, Gremien zur Folge haben.

Begründung:

Neben der Beseitigung von nichttarifären Handelshemmnissen bzw. der Standardan-
gleichung in den Verträgen selbst ist die Etablierung neuer Systeme der regulatori-
schen Kooperation vorgesehen. Sie bestehen in der Regel aus Zielvorgaben zur An-
gleichung der rechtlichen Normen, vor allem der Vorgabe, bei neuen Entwicklungen
erst gar keine Handelshemmnisse entstehen zu lassen sowie in umfangreichen In-
formations- und Konsultationsvorgaben und einem institutionellen Rahmen („Regulie-
rungsrat“).

Es ist dem System der regulatorischen Kooperation immanent, dass entscheidende
Fragen der Gestaltung unseres Gemeinwesens in zum Teil nicht demokratisch legi-
timierte Beratungsgremien verlagert werden würden.

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe